



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau  
Bärbel Bas, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 24. September 2012

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat September 2012**  
HIER Arbeitsnummern 9/198, 199

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung



Dr. Christoph Bergner

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Bärbel Bas  
vom 17. September 2012  
(Monat September 2012, Arbeits-Nr. 9/198, 199)

---

### Fragen

1. *Wie beurteilt die Bundesregierung ein Jahr danach und auf Basis aktueller Presseberichte über die „dramatische Situation“ in Duisburg (zum Beispiel in der NRZ und WAZ vom 12. September 2012) ihre Antworten auf meine Schriftliche Fragen, wonach es keiner nationalen Integrationsstrategie für Sinti und Roma in Deutschland bedürfe, und inwieweit hat die Bundesregierung ihre Ankündigung vom September 2011 umgesetzt „integrierte Pakete mit politischen Maßnahmen im Rahmen einer breiter angelegten Politik der sozialen Einbindung auszuarbeiten bzw. ihre vorhandenen Strategien und Maßnahmen zu aktualisieren?*

2. *Wie beurteilt die Bundesregierung auf dieser Basis heute die Bilanz ihrer Antworten auf meine Schriftlichen Fragen 19 und 20 auf Bundestagsdrucksache 17/7584 geschilderten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma in Bulgarien und Rumänien, und mit welchen zusätzlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung diese Länder zu stärkeren Integrationsleistungen bewegen, um die Menschen in ihren Herkunftsländern zu binden?*

### Antworten

#### Zu 1.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Christoph Bergner, hat der Europäischen Kommission Ende des Jahres 2011 den Bericht der Bundesrepublik Deutschland „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 - Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland“ übermittelt. Der Bericht kann unter folgendem Link abgerufen werden: [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilung\\_AB/mitMarginalspalte/pstb\\_roma.html?nn=109862](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilung_AB/mitMarginalspalte/pstb_roma.html?nn=109862).

Diesem kann auf den Seiten 12 ff. entnommen werden, aus welchen Gründen es keiner nationalen Strategie zur Integration der Roma in Deutschland bedarf. An dieser Auffassung wird auch vor dem Hintergrund der aktuellen Presseberichterstattung festgehalten.

## Zu 2.

Die Bundesregierung setzt den Schwerpunkt ihres Engagements bewusst auf einen europäischen multilateralen Ansatz. Diesem liegt die Überzeugung zugrunde, dass - über die grundsätzlich nationale Verantwortlichkeit der Staaten für Minderheitenschutz hinaus - nur mittels gemeinsamer Anstrengungen aller europäischen Staaten eine effektive Integrationsförderung für die Roma gelingen kann. Ergänzend thematisiert die Bundesregierung die Situation der Roma und anderer ethnischer Minderheiten im bilateralen Dialog mit den entsprechenden Partnerländern.

Die Roma gehören in Bulgarien und in Rumänien weiterhin zu den am stärksten von Marginalisierung betroffenen Bevölkerungsgruppen. Die bulgarische und die rumänische Regierung sind sich der Dimension des Problems bewusst.

Die bulgarische Regierung hat am 18. Juli 2012 eine in den Monaten zuvor breit konsultierte „Nationale Strategie für die Roma-Integration 2012 bis 2020“ offiziell verabschiedet. Dabei handelt es sich um ein politisches Grundsatzdokument, in dem die Grundlinien der bulgarischen Politik zur sozialen Integration von Roma in die Gesellschaft enthalten sind. Das Dokument orientiert sich an der Mitteilung der EU-Kommission vom 5. April 2011 „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration von Roma bis 2020“ und den Schlussfolgerungen des Rates vom 19. Mai 2011 zu diesem Thema.

Die Umsetzung der bulgarischen Strategie für die Roma-Integration soll durch Aktionspläne erfolgen, die vom Sekretariat des Nationalen Rates für Integration und ethnische Fragen in Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen und privaten Stellen sowie Vertretern der Roma ausgearbeitet werden. Eine Bewertung der Umsetzung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen.

Die Bundesregierung fördert in beschränktem Umfang auch bilaterale Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation der Roma und ihrer Integration in die bulgarische Gesellschaft. Sie hat z. B. im März 2012 ein Projekt zur Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe in den Roma-Vierteln in der Nähe von Plovdiv finanziell gefördert. In diesem Jahr hat es darüber hinaus Gespräche von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Vertretern von Roma-Organisationen in Plovdiv gegeben. Dabei ging es um die Chancen von Roma, sich aus der gesellschaftlichen Isolation zu befreien, sowie um die mit der zunehmenden Migration von Roma nach Deutschland verbundenen Probleme. Außerdem beteiligten sich Vertreter der Deutschen Botschaft Sofia an den nationalen Konsultationen zur Ausarbeitung der „Nationalen Strategie für die Roma-Integration 2012 bis 2020“.

Die rumänische Regierung hat am 15. Dezember 2011 eine „Strategie für die Inklusion von zur Minderheit der Roma gehörenden rumänischen Staatsangehörigen für den Zeitraum 2012 bis 2020“ verabschiedet. Diese schreibt ihre „Strategie zur Verbesserung der Situation der Roma für den Zeitraum 2001 bis 2010“ fort, orientiert sich an den Vorgaben

der EU in diesem Bereich und sieht Aktionspläne für die Bereiche Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen und kleine Infrastruktur, Kultur und Bekämpfung von Diskriminierung vor. Die Strategie soll abhängig von der Entwicklung auf nationaler und europäischer Ebene Ende 2013 möglicherweise angepasst werden. Sie soll u.a. durch die Nationale Behörde für Angelegenheiten der Roma, eine Arbeitsgruppe, eine Kommission sowie durch technische Arbeitsgruppen auf Ebene der Ministerien, durch Regionalbüros, Kreisbüros, sowie durch Experten auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Der Berater des Premierministers für Angelegenheiten der Roma gehört selbst zur Roma-Minderheit.

Das Auswärtige Amt finanziert die erstmalige Erstellung einer verlässlichen Datenbank zur sozialen Lage und insbesondere zur Wohnsituation der Roma in Rumänien durch eine rumänische Nichtregierungsorganisation (NRO), mit der die Umsetzung der Nationalen Roma-Strategie vor allem unter Berücksichtigung des im Rahmen der Vereinten Nationen diskutierten Menschenrechts auf Wohnen wirkungsvoll unterstützt werden soll. Die Deutsche Botschaft Bukarest nimmt an einer erst kürzlich ins Leben gerufenen Gruppe interessierter Botschaften teil, in der unter Einbindung der rumänischen Regierung nationale, bilaterale und multilaterale Ansätze zur effektiven Integration von Roma diskutiert und Erfahrungen mit Strategien, Projekten und NROs ausgetauscht werden.